

Öffentliches Recht in Berlin

Siegel / Waldhoff

5. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-84557-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Landesrecht
Berlin



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht in Berlin

Verfassungsrecht
Bezirksverwaltungsrecht
Allgemeines Verwaltungsrecht mit
Verwaltungsprozessrecht
Polizei- und Ordnungsrecht mit
Versammlungsrecht
Öffentliches Baurecht

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Univ.-Prof. Dr. rer. publ. Thorsten Siegel

Freie Universität Berlin

Univ.-Prof. Dr. iur. Christian Waldhoff

Humboldt-Universität zu Berlin

sowie

Matthias Sören Holland

Notar in Oranienburg

5. Auflage 2026



Zitiervorschlag:
Siegel/Waldhoff ÖfFR Bln § 1 Rn. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 9783406845574

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur fünften Auflage

Auch die vierte Auflage des Lehrbuchs hat – ebenso wie bereits die Auflagen zuvor – eine sehr erfreuliche Nachfrage erfahren. Daher legen wir in Abstimmung mit dem Verlag C.H.Beck nun eine neu bearbeitete fünfte Auflage vor.

Die strukturell bedeutsamste Änderung liegt darin, dass das zuvor in § 1 F. behandelte Berliner Organisationsrecht in den neuen § 2 zum Bezirksverwaltungsrecht überführt wurde und nunmehr alleine von Matthias Sören Holland verantwortet wird. Die bisherigen Abschnitte zum Allgemeinen Verwaltungsrecht, zum Polizei- und Ordnungsrecht sowie zum öffentlichen Baurecht werden nun in §§ 3, 4 und 5 behandelt.

Die Gesetzgebung im Land Berlin zeichnet sich seit jeher durch eine hohe Dynamik aus. Seit der vierten Auflage war jedoch eine wahre Flut an Gesetzesnovellen zu verzeichnen, die allesamt in die Neuauflage eingearbeitet worden sind.

Das Landesverfassungsrecht Berlin ist mehr denn je in Bewegung. Schlagworte wie Sozialisierung, Wahlchaos, religiös-weltanschauliche Neutralität sowie die Aufhebung Berliner Landesgesetze durch das Bundesverfassungsgericht wegen fehlender Landesgesetzgebungskompetenz (Mietendeckel; Hochschulgesetz) stehen dafür stellvertretend. Diese neueren Entwicklungen sind in der fünften Auflage berücksichtigt.

Im Bezirksverwaltungsrecht ist durch das Gesetz zur Neuordnung der Beziehungen zwischen Senat und Bezirken (Verwaltungsstrukturreformgesetz – VstRefG) eine umfassende Reform der rechtlichen Grundlagen der Berliner Verwaltung mit Inkrafttreten zum 1.1.2026 beschlossen worden, die im neuen § 2 dieses Werks bereits dargestellt ist. An die Stelle des bisherigen Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes (AZG) ist nunmehr das Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung (Landesorganisationsgesetz – LOG BE) getreten. Die jahrzehntelange Diskussion über die Zuständigkeitsverteilung zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen ist damit zu einem vorläufigen Schlusspunkt gelangt.

Auch die Abschnitte zum Allgemeinen Verwaltungsrecht, zum Polizei- und Ordnungsrecht sowie zum öffentlichen Baurecht wurden seit der vierten Auflage von einer Vielzahl von Novellen geprägt. Neben dem auch hier relevanten Verwaltungsstrukturreformgesetz 2025 waren seit der Voraufgabe zwei Novellen des ASOG zu verzeichnen: Nach einer kleineren Fortentwicklung im Jahr 2023 hat das Berliner Abgeordnetenhaus im Dezember 2025 eine größere Novelle verabschiedet, die ebenfalls noch eingearbeitet wurde. Die bereits in Kraft getretenen Novellen des BauGB aus dem Jahr 2023, des Berliner AGBauGB vom Juli 2025 sowie die beiden Novellen zur Berliner Bauordnung aus den Jahren 2023 und 2024 haben ebenfalls Eingang in die Neuauflage gefunden. Schließlich konnte noch der sog. Wohnungsbaurambo aus dem Herbst 2025 berücksichtigt werden.

Herzlicher Dank für wertvolle Mitarbeit gebührt *Elias Quinkler*, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Das Buch befindet sich insgesamt auf dem Stand vom 1. November 2025, vereinzelt auch darüber hinaus.

Anregungen und Kritik richten Sie bitte an:
thorsten.siegel@fu-berlin.de; christian.waldhoff@hu-berlin.de und
holland@holland-kreusslein.de.

Berlin, im Dezember 2025

*Thorsten Siegel
Christian Waldhoff
Matthias Sören Holland*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Auszug aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Das Landesrecht spielt in der juristischen Ausbildung eine große Rolle: Wesentliche Teile des besonderen Verwaltungsrechts sind nach der grundgesetzlichen Kompetenzordnung Landesrecht. Das Landesverfassungsrecht ist Teil des zum Pflichtfachstoff gehörenden Staatsrechts. Die Lage der Ausbildungsliteratur in diesen Bereichen erschwert es den Studierenden, sich in gleicher Weise sicher auf die Prüfungen vorzubereiten, wie dies hinsichtlich bundesrechtlich geregelten Prüfungsstoffs heute möglich ist. Es ist das Verdienst des Verlages C.H. Beck, für die Länder Lehrbücher zum jeweiligen Öffentlichen Recht herauszubringen. Nach den Werken für Bayern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg legen wir hier auch für das Land Berlin eine entsprechende Darstellung vor. Sie versteht sich insbesondere als Ausbildungsliteratur und stellt den Stoff des Landesverfassungs-, Organisations-, Polizei- und Ordnungsrechts einschließlich des Versammlungsrechts sowie des Bauplanungs- wie Bauordnungsrechts in einer Breite und Tiefe dar, wie sie in der Ersten Prüfung verlangt wird. Darüber hinaus ermöglicht sie im Referendariat eine komprimierte Wiederholung des in der Zweiten Prüfung relevanten Stoffes und soll schließlich Vertretern der Praxis einen ersten schnellen Zugriff auf die Materien ermöglichen.

Dem Charakter als vorlesungsbegleitendes und prüfungsvorbereitendes Werk entsprechend wurden die Literaturnachweise in Grenzen gehalten und hier – soweit möglich – vorrangig auf Ausbildungsliteratur verwiesen. Die Rechtsprechung ist, soweit sie landesspezifisch ist, mit dem Anspruch auf weitgehende Vollständigkeit, im Übrigen exemplarisch nachgewiesen. Das Landesverfassungs- und Organisationsrecht wird von *Christian Waldhoff*, das Polizei- und Ordnungsrecht sowie das Baurecht von *Thorsten Siegel* verantwortet, so dass die beiden Juristischen Fakultäten Berlins vertreten sind. Die Beiträge sind durch zahlreiche Querverweise miteinander verzahnt. Diverse Prüfungsschemata, Prüfungshinweise sowie die abschließenden Kontrollfragen erleichtern die Aneignung und Wiederholung der Materien.

...

Dank gebührt Herrn *Matthias S. Holland*, HU Berlin und Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln, für die mitverantwortliche Erstellung des Kapitels zum Organisationsrecht, Herrn *Christian Neumeier*, HU Berlin, für wichtige Unterstützung, sowie Herrn *Sebastian Hartwig* und Frau *Johanna Rilling*, FU Berlin, für wertvolle Recherche- und Überprüfungsarbeiten bei den Abschnitten zum Polizei- und Ordnungsrecht sowie zum öffentlichen Baurecht. Die Verfasser danken schließlich dem Verlag C.H. Beck, insbesondere Herrn *Dr. Johannes Wasmuth*, für die souveräne Betreuung des Werkes.

Berlin, im Mai 2015

Thorsten Siegel
Christian Waldhoff



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
§ 1. Verfassungsrecht (<i>Christian Waldhoff</i>)	1
§ 2. Bezirksverwaltungsrecht (<i>Matthias Sören Holland</i>)	119
§ 3. Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht (<i>Thorsten Siegel</i>)	155
§ 4. Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht (<i>Thorsten Siegel</i>)	181
§ 5. Öffentliches Baurecht (<i>Thorsten Siegel</i>)	301
Sachverzeichnis	399


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

§ 1. Verfassungsrecht

(Christian Waldhoff)

A. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen	1
I. Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945, der Sonderstatus Berlins und die Verfassungsgebung	2
II. Verfassungsentwicklung, Verfassungsänderungen	3
III. Besonderheiten des Berlin-Status zwischen 1950 und 1990 im Überblick	4
IV. Anhang	5
B. Bundesverfassungsrechtliche Grundlagen des Berliner Landesverfassungsrechts	6
I. Der Status Berlins als Land im Bundesstaat	6
II. Landesverfassungshoheit – Die Verfassung von Berlin in der Typologie der Landesverfassungen	7
III. Bindungen des Landesverfassungsgebers durch das Grundgesetz	8
1. Normative Homogenität – Art. 28 I GG	8
2. Gestaltungsmöglichkeiten im Grundrechtsbereich – Art. 142 GG	9
3. „Bundesrecht bricht Landesrecht“ – Art. 31 GG	10
IV. Besonderheiten der Stadtstaaten	11
V. Hauptstadtverfassungsrecht	12
VI. Gebietsfragen und Verhältnis zu Brandenburg	13
VII. Anhang	14
C. Grundrechte	14
I. Eigenstand und Fremdbestimmung der Berliner Landesgrund- rechte	14
II. Allgemeine Grundrechtslehren des Berliner Landesverfassungs- rechts	15
III. Einzelne Grundrechte	18
1. Menschenwürde	18
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht und allgemeine Handlungs- freiheit	18
3. Schutz von Leben und körperlicher Integrität	19
4. Freiheit der Person	19
5. Justizielle Grundrechte	20
6. Gleichheitssatz	23
a) Allgemeiner Gleichheitssatz	23

	Seite
b) Besondere Gleichheitssätze und Diskriminierungsverbote ...	24
c) Staatsbürgerliche Gleichheit	25
7. Schutz von Ehe und Familie	25
8. Kommunikationsgrundrechte	26
a) Meinungsfreiheit	27
b) Informationsfreiheit	28
c) Versammlungsfreiheit	28
d) Vereinigungsfreiheit	29
9. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	29
10. Freizügigkeit	30
11. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit	31
12. Eigentumsfreiheit	32
13. Religionsfreiheit einschließlich Sonn- und Feiertagsschutz sowie Religionsverfassungsrecht	35
14. Petitionsrecht	40
15. Innovative Grundrechte	41
a) Gleichstellung behinderter Menschen	41
b) Missbrauch wirtschaftlicher Macht	42
c) Mitbestimmung	42
d) Schutz des „Zusammenlebens der Völker“	42
e) Datenschutz	42
f) Schutz staatsbürgerlicher Rechte	43
16. Soziale Grundrechte	43
a) Recht „auf Arbeit“	43
b) Recht auf Bildung und Schutz des kulturellen Lebens	44
c) Soziale Sicherung	44
d) Recht auf Wohnraum	45
17. Wehrhafte Demokratie auf Landesebene	45
18. Staatszielbestimmungen	46
IV. Anhang	47
D. Staatsorganisationsrecht	47
I. Staatsstrukturprinzipien	47
1. Demokratieprinzip	48
a) Grundlinien	48
b) Direktdemokratische Elemente	49
aa) Bestand, Entwicklung und Formen direkter Demo- kration in Berlin	49
bb) Einwohnerinitiative, Art. 61 VvB	49
cc) Volksbegehren und Volksentscheid, Art. 62, 63 VvB	50
dd) Die Finanzausschlussklausel des Art. 62 II VvB	53
c) Ausländerwahlrecht	56
2. Gewaltenteilung	57
II. Staatsorgane	58
1. Abgeordnetenhaus	58
2. Senat	66

	Seite
III. Staatsfunktionen	70
1. Gesetzgebung	70
2. Verwaltung	73
3. Rechtsprechung	74
4. Finanzwesen	75
a) Berlin in der bundesstaatlichen Finanzverfassung des Grundgesetzes	76
b) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern als Landes- steuern	76
c) Nichtsteuerliche Abgaben	78
d) Der Streit um eine extreme Haushaltsnotlage Berlins	79
e) Berliner Haushaltsverfassungsrecht	80
aa) Funktion des parlamentarischen Budgetrechts des Abgeordnetenhauses	80
bb) Das Haushaltsverfahren im Überblick	83
f) Landesverfassungsrechtliche Schuldenbremse	86
g) Wirtschaftliche Betätigung Berlins	91
IV. Anhang	92
E. Verfassungsgerichtshof und verfassungsgerichtliche Verfahren	92
I. Stellung und Organisation	92
II. Verfahren	93
1. Landesorganstreitverfahren	93
[1] Parteifähigkeit	94
[a] „oberstes Landesorgan“	94
[b] „anderer Beteiligte“	96
[2] Streitgegenstand	97
[3] Antragsbefugnis	97
[4] Frist	98
[5] Prüfungsmaßstab	98
[6] Rechtsschutzbedürfnis	98
2. Zuständigkeitsstreit zwischen Hauptverwaltung und Bezir- ken	98
[1] Antragsberechtigung	99
[2] Antragsgegenstand	99
[3] Antragsbefugnis	99
[4] Antragsfrist	99
[5] Prüfungsmaßstab	100
[6] Entscheidung und Entscheidungsfolgenausspruch	100
3. Abstrakte Normenkontrolle von Landesrecht	100
[1] Antragsberechtigung	101
[2] Prüfungsgegenstand	101
[3] Statthaftigkeit des Antrags	102
[4] Prüfungsmaßstab	102
[5] Entscheidung und Entscheidungsfolgenaussprüche	103
4. Konkrete Normenkontrolle von Landesrecht	103
[1] Vorlageberechtigung	104

	Seite
[2] Prüfungsgegenstand	104
[3] Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	104
[4] Entscheidungserheblichkeit	104
[5] Prüfungsmaßstab	104
5. Landesverfassungsbeschwerde	104
a) Zulässigkeitsvoraussetzungen	105
[1] Beschwerdefähigkeit	105
[2] Beschwerdegegenstand	105
[3] Beschwerdebefugnis	106
[4] Rechtswegerschöpfung	106
[5] Subsidiarität	107
[6] Frist	108
[7] Sonstige Sachentscheidungs Voraussetzungen	109
[8] Prüfungsmaßstab und Entscheidung	109
b) Abgrenzung zur Verfassungsbeschwerde zum Bundes- verfassungsgericht	109
aa) Verfahrensgegenstand	110
bb) Prüfungsmaßstab	110
cc) Prozessuales Verhältnis	111
c) Sonderprobleme der Landesverfassungsbeschwerde hin- sichtlich des Prüfungsrahmens bei fachgerichtlichen Ent- scheidungen	111
6. Sonstige Verfahren	114
a) Wahlprüfung	114
b) Zuständigkeit in Verfahren direkter Demokratie	115
c) Divergenzvorlage nach Art. 100 III GG	115
d) Verzögerungsbeschwerde	115
7. Allgemeines Landesverfassungsprozessrecht	116
III. Anhang	116
F. Antworten auf die Kontrollfragen	116
§ 2. Bezirksverwaltungsrecht	
<i>(Matthias Sören Holland)</i>	
A. Historische Grundlagen	119
B. Die Rechtsstellung der Bezirke	121
I. Keine Anwendbarkeit von Art. 28 II GG	121
II. Die Rechtsstellung der Bezirke im Einzelnen	122
III. Anhang	124
C. Der Aufbau der Berliner Verwaltung	124
I. Zweistufigkeit der unmittelbaren Landesverwaltung	124
II. Die Hauptverwaltung	124
1. Die Senatsverwaltungen	125

	Seite
2. Nachgeordnete Behörden (Sonderbehörden) und nicht rechtsfähige Anstalten	125
3. Eigenbetriebe	125
III. Die Bezirksverwaltung	125
1. Die Bezirksverordnetenversammlung	125
a) Rechtsstellung	125
b) Wahl, Zusammensetzung und Organe	126
c) Kompetenzen	131
2. Das Bezirksamt	133
a) Rechtsstellung	133
b) Wahl, Zusammensetzung, Mitglieder	134
c) Kompetenzen	135
d) Organisation der Bezirksverwaltung	136
IV. Der Rat der Bürgermeister	137
1. Rechtsstellung	137
2. Zusammensetzung	137
3. Kompetenzen	138
V. Direktdemokratische Elemente auf Bezirksebene	139
1. Einwohnerversammlung	139
2. Einwohnerfragestunde	139
3. Einwohnerantrag	139
4. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	140
VI. Anhang	142
D. Aufteilung der Zuständigkeiten	143
I. Verhältnis Hauptverwaltung – Bezirksverwaltung	143
II. Die Vertretung Berlins	144
III. Erlass von Verwaltungsvorschriften	145
IV. Aufsichtsbefugnisse	145
1. Aufsicht innerhalb von Haupt- und Bezirksverwaltung	146
2. Bezirksaufsicht	146
3. Staatsaufsicht	148
V. Vorverfahren	148
VI. Dienstrechtliche Zuständigkeiten	149
VII. Anhang	149
E. Rechtsschutz der Bezirke	150
I. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	150
II. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	150
III. Anhang	152
F. Antworten auf die Kontrollfragen	152

**§ 3. Allgemeines Verwaltungsrecht
mit Verwaltungsprozessrecht**
(Thorsten Siegel)

A. Rechtsgrundlagen	155
I. Allgemeines Verwaltungsrecht	155
II. Verwaltungsprozessrecht	156
B. Verwaltungsorganisationsrecht	157
I. Aufbau der Berliner Verwaltung	157
II. Bestimmung der Zuständigkeit	158
1. Sachliche und instanzielle Zuständigkeit	158
2. Örtliche Zuständigkeit	159
C. Verwaltungsverfahrensrecht	159
I. Anwendungsbereich des BlnVwVfG	159
II. Verfahrensarten	160
III. Modifizierung des Akteneinsichtsrechts für Beteiligte	160
1. Anwendungsbereich	160
2. Reichweite	161
IV. Informationsrechte nach dem IFG Bln	161
1. Anwendungsbereich	161
2. Anspruchsvoraussetzungen	162
3. Anspruchsgrenzen	162
V. Zustellung	163
VI. E-Government	163
D. Verwaltungsvollstreckungsrecht	164
I. Rechtsgrundlagen	164
II. Höhe des Zwangsgeldes	164
III. Vollstreckungspauschale	164
IV. Unmittelbarer Zwang	165
E. Öffentliche Einrichtungen	165
I. Bedeutung und Rechtsgrundlagen	165
II. Begriff	166
III. Organisationsformen	166
IV. Der Zulassungsanspruch	167
1. Rechtsgrundlage und Anspruchsinhaber	167
2. Adressat und Inhalt	168
3. Grenzen des Anspruchs	168
4. Durchsetzung des Anspruchs	169
V. Das Benutzungsverhältnis	170
VI. Anschluss- und Benutzungszwang	170
1. Wesen	170
2. Voraussetzungen	170
3. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	171
4. Benutzungsverhältnis	171

	Seite
F. Straßenrecht	171
I. Straßen als öffentliche Sachen	171
II. Statusbegründung	172
III. Rechtsgrundlagen	172
IV. Abgrenzung zum Straßenverkehrsrecht	173
V. Das straßenrechtliche Nutzungsregime	173
1. Der Gemeingebrauch	173
2. Der Anliegergebrauch	174
3. Die Sondernutzung	174
G. Verwaltungsprozessrecht	175
I. Aufbau der Berliner Verwaltungsgerichtsbarkeit	175
II. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	175
III. Passive Prozessführungsbefugnis/Beteiligtenfähigkeit	176
IV. Normenkontrolle	176
V. Klage- bzw. Antragsbefugnis	177
VI. Widerspruchsverfahren	177
VII. Vorläufiger Rechtsschutz	178
H. Anhang: Kontrollfragen	178

**§ 4. Polizei- und Ordnungsrecht
mit Versammlungsrecht**
(Thorsten Siegel)

A. Grundlagen	181
I. Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts (POR)	181
II. Verfassungsrechtliche Bezüge	182
1. Gefahrenabwehr als Staatsaufgabe	182
2. Gesetzgebungskompetenzen	182
3. Grundrechtliche Bezüge	183
III. Rechtsgrundlagen	184
1. Übersicht	184
2. Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG)	185
3. (Subsidiäre) Geltung des Verwaltungsverfahrensgesetzes	185
a) Rechtslage in Berlin	185
b) Begriff des Verwaltungsverfahrens	186
c) Im POR bedeutsame Vorschriften	186
4. Rechtsgrundlagen im Vollstreckungsrecht/bei Verwaltungs- zwang	187
5. Sonstiges Landesrecht	187
a) Mobilitätsgesetz	187
b) Hundegesetz	187
c) Landesantidiskriminierungsgesetz	188
6. Rechtsgrundlagen im Versammlungsrecht	188
a) Bisherige Rechtslage	188

	Seite
b) Neue Rechtslage	188
IV. Anhang	189
B. Organisation und Zuständigkeiten	189
I. Polizeibegriffe	189
II. Abgrenzung zu anderen Stellen mit Aufgaben der Gefahren- abwehr	190
III. Einheitssystem und Trennsystem	190
1. Funktionsweise und Verbreitung	190
2. Trennsystem nach dem ASOG	191
a) Grundsatz: Zuständigkeit der Ordnungsbehörden	191
b) Originäre Zuständigkeiten der Polizei	191
c) Eilzuständigkeit der Polizei	191
IV. Die Polizei in Berlin	192
1. Vom „Polizeipräsidenten in Berlin“ zur „Polizei Berlin“	192
2. Untergliederung und Zuständigkeit innerhalb der Polizei	192
3. Legitimations- und Kennzeichnungspflichten	193
V. Die Ordnungsbehörden in Berlin	193
1. Arten der Ordnungsbehörden	193
2. Bestimmung der Zuständigkeit innerhalb der Ordnungs- behörden	194
VI. Anhang	194
C. Aufgaben der Polizei und Ordnungsbehörden	195
I. Gefahrenabwehr als zentrale Aufgabe	195
II. Abgrenzung zur repressiven Tätigkeit	195
1. Relevanz der Abgrenzung	195
2. Zuordnung im Einzelfall	196
III. Vollzugshilfe durch die Polizei	196
IV. Subsidiärer Schutz privater Rechte	197
V. Anhang	197
D. Grundbegriffe	197
I. Übersicht	197
II. Schutzgüter	198
1. Öffentliche Sicherheit	198
a) Unversehrtheit der Rechtsordnung	198
b) Individuelle Rechtsgüter und Rechte des Einzelnen	199
c) Bestand, Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates	199
2. Öffentliche Ordnung	200
a) Begriff und Wesen	200
b) Beispiele aus der Rechtsprechung	200
III. Vorliegen einer Gefahr	201
1. Grundbegriff der Gefahr	201
a) Definition	201
b) Merkmal der Beeinträchtigung	201
c) Grad der Wahrscheinlichkeit	202
d) Maßstab zur Bewertung	202

	Seite
2. Abgrenzung	202
a) Abstrakte Gefahr	202
b) Scheingefahr/Putativgefahr	203
c) Gefahrenverdacht	204
d) Gefahrenvorsorge und drohende Gefahr	204
3. Gefahrqualifikationen	205
IV. Verantwortlichkeit/Adressaten	205
1. Übersicht	205
2. Verhaltensverantwortlichkeit	206
a) Die Verursachung als Schlüsselmerkmal	206
b) Die Figur des Zweckveranlassers	207
c) Zusatzverantwortlichkeit des Verhaltensstörers	207
3. Zustandsverantwortlichkeit	207
a) Inhaber der tatsächlichen Gewalt	207
b) Zusatzverantwortlichkeit des Eigentümers und sonstiger Berechtigter	208
c) Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit	209
4. Der Nichtstörer	209
a) Begriff und Wesen	209
b) Anforderungen und Grenzen der Inanspruchnahme	209
c) Anwendungsfälle	210
5. Besondere Störer	211
a) Anscheinstörer	211
b) Scheinstörer	211
c) Verdachtsstörer	212
d) Verantwortlichkeit von Hoheitsträgern?	212
6. Störerauswahl	213
7. Rechtsnachfolge	214
a) Zustandsverantwortlichkeit	214
b) Verhaltensverantwortlichkeit	214
V. Ermessen und Verhältnismäßigkeit	215
1. Ermessen	215
a) Wesen	215
b) Ermessen im Polizei- und Ordnungsrecht	215
c) Ermessen und subjektive Rechte des Bürgers	215
2. Verhältnismäßigkeit	216
a) Rechtsgrundlagen im POR	216
b) Legitimer Zweck und Geeignetheit	216
c) Erforderlichkeit	217
d) Angemessenheit	217
VI. Anhang	217
E. Einzelmaßnahmen	218
I. Trennung zwischen Aufgabe, Zuständigkeit und Befugnissen	218
II. Ermächtigungsgrundlagen für Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	219
1. Einschlägigkeit des allgemeinen Gefahrenabwehrrechts	219
2. Standardmaßnahme oder Generalklausel?	220

	Seite
III. Die Generalklausel (§ 17 I ASOG)	221
1. Relevanz	221
2. Rechtmäßigkeitsanforderungen	222
IV. Prüfungsschema für Maßnahmen nach der Generalklausel	222
V. Anhang	222
F. Standardmaßnahmen	223
I. Übersicht	223
II. Prüfungsschema für Standardmaßnahmen	223
III. Ermittlungsmaßnahmen nach §§ 18 ff. ASOG	224
1. Übersicht	224
2. Befragung nach § 18 ASOG	224
a) Wesen	224
b) Besondere formelle Anforderungen	225
c) Tatbestand	225
d) Adressaten	225
e) Rechtsfolgen	225
3. Gefährderansprache/Gefährderschreiben nach § 18b ASOG	226
a) Wesen	226
b) Besondere formelle Anforderungen	226
c) Tatbestand und Adressaten	227
d) Rechtsfolgen	227
4. Vorladung nach § 20 ASOG	227
a) Wesen	227
b) Besondere formelle Anforderungen	227
c) Tatbestand	228
d) Adressaten	228
e) Rechtsfolgen	228
5. Identitätsfeststellung nach § 21 ASOG	228
a) Wesen	228
b) Besondere formelle Anforderungen	229
c) Tatbestände	229
d) Adressaten	230
e) Rechtsfolgen	230
6. Erkennungsdienstliche Maßnahmen nach § 23 ASOG	231
a) Wesen	231
b) Besondere formelle Anforderungen	231
c) Tatbestände	231
d) Adressaten	231
e) Rechtsfolgen	232
IV. Ortsverändernde Maßnahmen nach §§ 29 ff. ASOG	232
1. Übersicht	232
2. Platzverweisung nach § 29 I ASOG	232
a) Wesen	232
b) Besondere formelle Anforderungen	233
c) Tatbestand	233

	Seite
d) Adressaten	233
e) Rechtsfolgen	233
3. Aufenthaltsverbot nach § 29 II ASOG	233
a) Wesen	233
b) Besondere formelle Anforderungen	234
c) Tatbestand	234
d) Adressaten	234
e) Rechtsfolgen	235
4. Wohnungsweisung nach § 29a ASOG	235
a) Wesen	235
b) Besondere formelle Anforderungen	235
c) Tatbestand	235
d) Adressaten	236
e) Rechtsfolgen	236
5. Meldeauflage nach § 29c ASOG	237
a) Wesen	237
b) Besondere formelle Anforderungen	237
c) Tatbestand	237
d) Adressaten	238
e) Rechtsfolgen	238
V. Gewahrsam nach §§ 30ff. ASOG	238
1. Wesen	238
2. Besondere formelle Anforderungen	239
3. Tatbestände	239
4. Adressaten	240
5. Rechtsfolgen	240
VI. Durchsuchungen nach §§ 34ff. ASOG	241
1. Übersicht	241
2. Durchsuchung von Personen nach § 34 ASOG	241
a) Wesen	241
b) Besondere formelle Anforderungen	242
c) Tatbestand	242
d) Adressaten	242
e) Rechtsfolgen	243
3. Durchsuchung von Sachen nach § 35 ASOG	243
a) Wesen	243
b) Besondere formelle Anforderungen	243
c) Tatbestände	243
d) Adressaten	244
e) Rechtsfolgen	244
4. Betreten und Durchsuchungen von Wohnungen nach §§ 36, 37 ASOG	244
a) Wesen und verfassungsrechtlicher Hintergrund	244
b) Besondere formelle Anforderungen	245
c) Tatbestände	245
d) Adressaten	246
e) Rechtsfolgen, insbesondere Grenzen	246

	Seite
VII. Sicherstellung und Umsetzung	247
1. Sicherstellung nach §§ 38ff. ASOG	247
a) Wesen	247
b) (Besondere) Rechtmäßigkeitsanforderungen	248
c) Rechtsfolgen	248
2. Die Umsetzung von Fahrzeugen nach § 37a ASOG	248
a) Wesen	248
b) Besondere formelle Anforderungen	249
c) Tatbestand und Adressaten	249
d) Rechtsfolgen	249
VIII. Datenerhebung, insbesondere Videoüberwachung	250
1. Systematische Übersicht	250
2. Rahmenbedingungen	251
a) Rechtsgrundlagen	251
b) Grundrechtliche Schranken	251
3. Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen nach § 24 ASOG	252
a) Zweck	252
b) Besondere formelle Anforderungen	252
c) Tatbestand	252
d) Adressaten	252
e) Rechtsfolgen	253
4. Datenerhebung an und in gefährdeten Objekten nach § 24a ASOG	253
5. Datenerhebung in öffentlichen Verkehrseinrichtungen nach § 24b ASOG	254
6. Datenerhebung zur Eigensicherung und zum Schutz Dritter nach § 24c ASOG	254
a) Wesen	254
b) Besondere formelle Anforderungen	255
c) Tatbestand und Adressaten	255
d) Rechtsfolgen	256
7. Automatische Kennzeichenerfassung nach § 24d ASOG	256
8. Längerfristige Observation nach § 25 ASOG	257
IX. Weitere Datenverarbeitung	257
1. Allgemeine Anforderungen	257
2. Insbesondere: Rasterfahndung nach § 47 ASOG	258
X. Anhang	259
G. Rechtsschutz im Zusammenhang mit Einzelmaßnahmen	260
I. Rechtsweg und Zuständigkeit	260
II. Rechtsschutz in der Hauptsache	261
III. Vorläufiger Rechtsschutz	262
IV. Anhang	262
H. Gefahrenabwehrverordnungen	263
I. Wesen und Rechtsgrundlagen	263

	Seite
II. Formelle Anforderungen	263
III. Tatbestand	264
IV. Adressaten	265
V. Rechtsfolgen	265
VI. Durchsetzung der Ge- und Verbote	265
VII. Rechtsschutz	266
VIII. Prüfungsschema für Gefahrenabwehrverordnungen nach §§ 55 ff. ASOG	266
IX. Anhang	267
I. Verwaltungszwang/Verwaltungsvollstreckung im POR	267
I. Zweck und Rechtsgrundlagen	267
II. Arten der Vollstreckung	268
III. Zwangsmittel zur Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen	268
1. Ersatzvornahme nach § 10 VwVG	268
2. Zwangsgeld nach § 11 VwVG	269
3. Unmittelbarer Zwang nach § 12 VwVG	270
IV. Das „gestreckte“ Vollstreckungsverfahren	270
1. Übersicht	270
2. Ausgangspunkt: vollstreckungsfähiger Verwaltungsakt	271
a) In Betracht kommende Verwaltungsakte	271
b) Unanfechtbarkeit oder Entfallen der aufschiebenden Wirkung	272
c) Rechtmäßigkeit oder Wirksamkeit des Verwaltungsakts?	272
3. Androhung	272
a) Wesen und Erforderlichkeit	272
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen	273
4. Festsetzung	273
a) Wesen und Erforderlichkeit	273
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen	274
5. Anwendung	274
6. Rechtsschutz	274
7. Prüfungsschema gestrecktes Vollstreckungsverfahren	275
V. Unmittelbare Ausführung/sofortiger Vollzug	276
1. Übersicht	276
2. Unmittelbare Ausführung nach §§ 15/37a ASOG	277
a) Wesen	277
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen	277
c) Rechtsfolgen	277
d) Rechtsschutz	278
3. Sofortvollzug nach § 6 II VwVG	278
a) Wesen	278
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen	278
c) Rechtsschutz	278
4. Prüfungsschema unmittelbare Ausführung/Sofortvollzug	279
VI. Anhang	279

	Seite
J. Schadensausgleich und Kostenerstattung	280
I. Bedeutung von Ersatz- und Entschädigungsansprüchen im POR	280
II. Entschädigung nach §§ 59ff. ASOG	280
1. Wesen und Inhaber des Anspruchs	280
2. Rechtsfolgen und Durchsetzung	281
III. Ansprüche der Polizei und Ordnungsbehörden	281
IV. Anhang	282
K. Versammlungsrecht	283
I. Rechtsgrundlagen	283
1. Die Versammlungsgesetze	283
2. Flankierende Regelungen	283
3. Zuständigkeit	283
II. Grundrechtlicher Hintergrund: Die Versammlungsfreiheit	284
1. Der Versammlungsbegriff	284
2. Reichweite der Grundrechtsbindung	285
III. Arten der Versammlung	285
IV. Versammlungsrecht als besonderes Ordnungsrecht	285
1. Die „Polizeifestigkeit“ des Versammlungsrechts	285
2. Zeitlich-funktionale Grenzen	286
3. Zulässigkeit sog. Minusmaßnahmen	286
4. Adressatenbestimmung	287
5. Versammlungsrecht in der Corona-Pandemie	287
6. Verhältnis zum Straßenrecht	288
V. Maßnahmen bei Versammlungen unter freiem Himmel	289
1. Vorfrage der Anzeigepflicht (§§ 12 f. VersFG BE)	289
2. Die versammlungsrechtliche Generalklausel nach § 14 VersFG BE	289
a) Einschlägigkeit und formelle Anforderungen	289
b) Materielle Anforderungen	289
aa) Tatbestand	289
bb) Adressaten	290
cc) Rechtsfolge	290
c) Besonders geschützte Bereiche	291
3. Versammlungsrechtliche Standardmaßnahmen	292
a) Teilnahmeuntersagung (§ 16 VersFG BE)	292
b) Durchsuchung und Identitätsfeststellung (§ 17 VersFG BE)	292
c) Bild- und Tonaufnahmen (§ 18 VersFG BE)	293
4. Prüfungsschema für Beschränkungen nach § 14 VersFG BE	293
VI. Anhang	294
L. Antworten auf die Kontrollfragen	294

§ 5. Öffentliches Baurecht (Thorsten Siegel)

A. Grundlagen	301
I. Begriff des öffentlichen Baurechts	301
II. Teilgebiete des öffentlichen Baurechts	302
III. Rahmenbedingungen	303
1. Vorgaben der Europäischen Union	303
2. Gesetzgebungskompetenzen	303
3. Grundrechtliche Bezüge	304
4. Bauleitplanung und Selbstverwaltung	304
IV. Rechtsgrundlagen	305
1. Bundesrecht	305
a) Das Baugesetzbuch als zentrale Rechtsgrundlage	305
b) Weitere bundesrechtliche Bestimmungen	305
2. Berliner Landesrecht	305
a) Bauplanungsrecht	305
b) Bauordnungsrecht	307
c) Sonstiges Landesrecht	308
aa) Landesplanungsrecht	308
bb) Verwaltungsverfahrenrecht	308
cc) Spezifisches Fachrecht	308
dd) Zweckentfremdungsrecht	309
V. Anhang	309
B. Bauplanungsrecht	310
I. Wesen der Bauleitpläne	310
II. Arten der Bauleitpläne	311
1. Flächennutzungspläne und Bebauungspläne	311
2. Arten der Bebauungspläne	312
3. Rechtsnatur	312
a) Flächennutzungsplan	312
b) Bebauungsplan	313
III. Flächennutzungsplan – Übersicht	313
1. Formelle Anforderungen	313
2. Materielle Anforderungen	314
3. Fehlerfolgen	314
IV. Zuständigkeit für die Aufstellung der Bebauungspläne	315
1. Zuständigkeit der Bezirke als Regelfall	315
2. Zuständigkeit der Senatsverwaltung in besonderen Fällen	315
a) Erhebliches Gesamtinteresse Berlins nach § 7 AGBauGB	315
aa) Tatbestand	315
bb) Rechtsfolge	316
cc) Verfassungskonformität?	316
b) Erfordernisse von Bundesverfassungsorganen nach	
§ 8 AGBauGB	317

	Seite
c) Außergewöhnliche städtebauliche Bedeutung nach § 9 AGBauGB	317
aa) Tatbestand	317
bb) Rechtsfolge	317
cc) Abgrenzung zu § 7 AGBauGB	317
3. Rechtliche Stellung der Bezirke	318
V. Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen	318
1. Verfahren bei Zuständigkeit der Bezirke	318
a) Einleitung des Verfahrens	318
b) Beteiligungsverfahren	319
c) Insbesondere: förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung	320
d) Anzeigeverfahren und Beschlussfassung	321
e) Festsetzung und Bekanntmachung	322
2. Verfahren bei Bebauungsplänen der Senatsverwaltung	322
VI. Materielle Anforderungen an Bebauungspläne	323
1. Hintergrund: Planerische Gestaltungsfreiheit	323
2. Planrechtfertigung	323
a) Regelung nach § 1 III BauGB	323
b) Gestaltungsfreiheit oder Planungspflicht?	324
3. Vereinbarkeit mit höherrangigen Planungen	324
a) Arten höherrangiger Planungen	324
b) Bindungswirkung höherrangiger Planungsstufen	325
4. Das Entwicklungsgebot nach § 8 II–IV BauGB	325
a) Grundsatz nach § 8 II 1 BauGB	325
b) Ausnahmen	326
5. Beachtung zwingender gesetzlicher Vorgaben	326
6. Das Abwägungsgebot	326
a) Einführung	326
b) Anforderungen an die Abwägung	327
aa) Ermittlung und Einstellung der abwägungsrelevanten Belange	327
bb) Gewichtung der Belange	327
cc) Ausgleich der Belange	328
c) Abwägungsfehler	328
7. Festsetzungen im Bebauungsplan	329
a) Festsetzungen nach § 9 BauGB	329
b) Standardisierung durch die BauNVO	330
VII. Fehlerfolgen	330
1. Grundsatz der Planerhaltung	330
2. Differenzierung nach dem „Gewicht“ des Fehlers	331
3. Unbeachtlichkeit nach § 214 I–III BauGB	331
a) Verfahrens- und Formverstöße (§ 214 I BauGB)	331
b) Entwicklungsgebot (§ 214 II BauGB)	331
c) Abwägungsfehler (§ 214 I 1 Nr. 1 und III 2 BauGB)	332
4. Unbeachtlichkeit nach Fristablauf	332
a) Regelung des § 215 BauGB	332
b) Regelung des § 32 AGBauGB	333

	Seite
5. Ergänzendes Verfahren nach § 214 IV BauGB	333
VIII. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne	333
1. Prinzipale Normenkontrolle nach § 47 VwGO	333
a) Wesen	333
b) Anwendungsbereich des § 47 VwGO	334
aa) Rechtliche Rahmenbedingungen	334
bb) Bebauungspläne	334
cc) Flächennutzungspläne	334
c) Sachentscheidungsvoraussetzungen	335
aa) Rechtsweg/Zuständigkeit	335
bb) Statthaftigkeit	335
cc) Antragsbefugnis	336
dd) Antragsfrist	336
ee) Beteiligtenbezogene Sachentscheidungsvoraus- setzungen	337
d) Begründetheit des Antrags	337
2. Inzidente Normenkontrolle	338
3. Feststellungsklage als „heimliche“ Normenkontrolle	338
4. Rechtsschutzmöglichkeiten anerkannter Umwelt- vereinigungen	338
IX. Sicherung der Bauleitplanung	339
1. Veränderungsperre	339
2. Zurückstellen von Baugesuchen	340
3. Vorkaufsrechte	340
X. Prüfungsschema für einen Bebauungsplan	340
XI. Anhang	341
C. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben	342
I. Bedeutung	342
II. Systematik der §§ 29ff. BauGB	343
1. Anknüpfungspunkt: Vorhaben iSd § 29 BauGB	343
2. Bereiche nach §§ 30ff. BauGB im Überblick	343
III. Vorhaben im Planbereich	344
1. Bereich eines qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 I BauGB)	344
a) Systematik der BauNVO	344
b) Das Erfordernis der Gebietsverträglichkeit	345
aa) Wesen	345
bb) Vorrang der Wertungen des Verordnungsgebers	345
cc) Einzelfälle zur Gebietsverträglichkeit aus der Rechtsprechung	345
c) Das Rücksichtnahmegebot	346
2. Bereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§ 30 II BauGB)	346
3. Bereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 III BauGB)	347
4. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB iVm § 246 BauGB)	347
a) Wesen und Abgrenzung	347

	Seite
b) Ausnahmen	348
aa) Ausnahmen nach § 31 I BauGB	348
bb) Ausnahmen nach § 246 XI BauGB	348
c) Befreiungen	348
aa) Befreiungen nach § 31 II BauGB	348
bb) Befreiungen nach § 31 III BauGB	349
cc) Befreiungen nach § 246 X und XII BauGB	350
IV. Vorhaben im Innenbereich (§ 34 BauGB)	350
1. Abgrenzung zu den anderen Bereichen	351
2. Anforderungen nach § 34 II BauGB	351
3. Anforderungen nach § 34 I BauGB	352
V. Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)	352
1. Anwendungsbereich und Systematik	352
2. Anforderungen an privilegierte Vorhaben (§ 35 I BauGB)	353
a) Wesen der Privilegierung	353
b) Einzelfälle der Privilegierung	353
c) Insbesondere: Windenergieanlagen	354
3. Anforderungen an sonstige Vorhaben (§ 35 II BauGB)	355
VI. Anhang	355
D. Bauordnungsrecht: Übersicht	356
I. Bedeutung und Anwendungsbereich	356
II. Bauaufsicht und Zuständigkeit	356
1. Funktion der Bauaufsicht	356
2. Zuständigkeit	357
III. Materielles Bauordnungsrecht	357
1. Wesen und Bedeutung	357
2. Die materielle Generalklausel (§ 3 S. 1 Nr. 1 BauO)	358
3. Abstandsregeln (§§ 6, 6a BauO)	358
4. Verunstaltungsschutz (§ 9 BauO)	358
5. Stellplätze (§ 49 BauO)	359
6. Abweichungen (§ 67 BauO)	359
IV. Formelles Bauordnungsrecht	359
V. Anhang	360
E. Eröffnungskontrollen im Bauordnungsrecht	360
I. Übersicht	360
II. Die Baugenehmigung als zentrale Eröffnungskontrolle	360
1. Wesen der Baugenehmigung	360
2. Verhältnis zu anderen Gestattungsverfahren	361
3. Reichweite des Genehmigungserfordernisses	362
a) Grundsatz nach § 59 I BauO	362
b) Ausnahmen nach § 61 BauO	363
c) Freistellung nach § 62 BauO	364
4. Arten der Baugenehmigung	364
a) Die „Vollgenehmigung“	364
b) Teilbaugenehmigung und Vorbescheid (§§ 74, 75 BauO)	364
c) Regelungsgehalt nach Verfahrensarten	365

	Seite
III. Das Baugenehmigungsverfahren	365
1. Übersicht	365
2. Das „normale“ Baugenehmigungsverfahren	366
a) Einleitung	366
b) Behördenbeteiligung	367
c) Einvernehmen nach § 36 BauGB?	367
d) Nachbar- und Öffentlichkeitsbeteiligung	368
e) Materielle Anforderungen/Prüfprogramm	370
f) Erteilung der Baugenehmigung	370
3. Das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren	371
a) Verfahrensvereinfachung (§ 69 IV 1 und 2 BauO)	371
aa) Besonderheiten bei der Einleitung	371
bb) Genehmigungsfiktion (§ 69 IV 3 BauO)	372
cc) Wesen der Genehmigungsfiktion	372
b) Materielle Anforderungen/Prüfprogramm	372
IV. Prüfungsschema für die Erteilung einer Baugenehmigung	373
V. Die Genehmigungsfreistellung nach § 62 BauO	374
1. Überblick	374
2. Anwendungsbereich	374
3. Verfahren	375
4. Materielles Prüfprogramm und Prüfdichte	375
VI. Anhang	376
F. Repressive Maßnahmen der Bauaufsicht	376
I. Bedeutung	376
II. Systematik	377
III. Formelle und materielle Illegalität	377
IV. Adressaten der Verfügungen	378
V. Baueinstellungsverfügung (§ 79 BauO)	378
1. Wesen und Bedeutung	378
2. Tatbestand und Adressat	379
3. Rechtsfolgen	379
VI. Nutzungsuntersagung (§ 80 S. 2 BauO)	379
1. Wesen und Bedeutung	379
2. Tatbestand und Adressat	380
3. Rechtsfolgen	380
VII. Beseitigungsanordnung (§ 80 S. 1 BauO)	380
1. Wesen und Bedeutung	380
2. Tatbestand und Adressat	380
3. Rechtsfolgen	381
VIII. Maßnahmen nach § 58 I 5 BauO	383
IX. Prüfungsschema repressive Bauordnungsverfügung	383
X. Anhang	384
G. Rechtsschutz bei Bauvorhaben	384
I. Überblick	384
II. Rechtsschutz des Bauherrn in der Hauptsache	385
1. Erfordernis einer Baugenehmigung	385

	Seite
2. Besonderheiten im vereinfachten Genehmigungsverfahren	385
3. Genehmigungsfreistellung/Verfahrensfreiheit	386
4. Erlass einer repressiven Verfügung	386
III. Rechtsschutz des Nachbarn in der Hauptsache	387
1. Vorliegen einer Baugenehmigung	387
a) Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	387
b) Insbesondere: Klagebefugnis	387
aa) Anspruch auf Gebietserhaltung	387
bb) Rücksichtnahmegebot	388
cc) Sonstige nachbarschützende Rechte	389
c) Insbesondere: Widerspruchsfrist	389
2. Besonderheiten im vereinfachten Genehmigungsverfahren	390
3. Rechtsschutz des Nachbarn in Bezug auf repressive Verfügungen	390
IV. Vorläufiger Rechtsschutz	391
1. Überblick	391
2. Vorläufiger Rechtsschutz des Bauherrn	391
a) Verweigerung der Baugenehmigung	391
b) Erlass einer repressiven Verfügung	392
3. Vorläufiger Rechtsschutz des Nachbarn	392
a) Erteilte Baugenehmigung	392
b) Ziel einer repressiven Verfügung	392
V. Anhang	393
H. Antworten auf die Kontrollfragen	393
Sachverzeichnis	399